

BEGRÜNDETE STELLUNGNAHME

**des EU-Ausschusses des Bundesrates
vom 2. Juli 2013**

**gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG in Verbindung mit Art. 6 des Protokolls Nr. 2 über die
Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit**

COM(2013) 267 final

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über
Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen**

A. Begründete Stellungnahme

Das gegenständliche Vorhaben ist mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar.

B. Begründung

Die Pflanzengesundheit ist ein wesentlicher Faktor für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft. Eine besondere Gefahr für die Pflanzengesundheit geht von Schädlingen aus anderen Kontinenten aus. Werden gebietsfremde Schädlinge nach Europa eingeschleppt, so können sie großen wirtschaftlichen Schaden anrichten. Die oft beträchtlichen wirtschaftlichen Verluste untergraben die Rentabilität und die Wettbewerbsfähigkeit von Forst- und Landwirtschaft. Die Ansiedlung neuer Schädlinge kann somit dazu führen, dass Drittländer Handelsverbote erlassen, was die Ausfuhren aus der Union beeinträchtigen würde.

Der bestehende Regelungsrahmen für den Pflanzenschutz in der EU zielt darauf ab, die europäische Land- und Forstwirtschaft vor der Einschleppung und der Verbreitung

gebietsfremder Schädlinge zu schützen. Die Regelung hat als Ziel die Stabilität, Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Pflanzenbausektors in der EU aufrechtzuerhalten und die offene Handelspolitik der Union weiterzuführen. Durch die im letzten Jahrzehnt verzeichneten Fälle der Massenentwicklung, gefährlicher durch Einfuhren eingeschleppter Forstschädlinge, wurden Politik und Gesellschaft stärker für Kosten und Folgen unzureichender Schutzvorkehrungen sensibilisiert. Die derzeitige Überarbeitung zielt darauf ab, einen noch stabileren, transparenteren, nachhaltigeren und bedarfsgerechten Regelungsrahmen zu schaffen.

Obwohl das Ziel zu begrüßen ist, wird aus prinzipiellen, gesetzlichen und zweckmäßigen Gründen eine Regelung zur einheitlichen Bekämpfung von gefährlichen Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen auf EU-Ebene abgelehnt.

Die Kommission setzt zunehmend das Mittel der delegierten Rechtsakte ein. Im Sinne der Mitspracherechte der Mitgliedstaaten soll darauf geachtet werden, die Zahl der delegierten Rechtsakten im vorliegenden Entwurf zu reduzieren. Auch die Ausweitung des Anwendungsbereiches vor allem im Hinblick auf Überwachungen des Auftretens von Pflanzenschädlingen (Monitorings) sollte auf das absolute Mindestmaß reduziert werden und die Pflanzenschutzmaßnahmen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben. Auch die Registrierung der Betriebe sollte auf ein fachlich gerechtfertigtes Ausmaß beschränkt werden, im Entwurf wurde die Registrierungspflicht im Vergleich zur bisherigen Regelung stark ausgeweitet, so sollen z.B. sollen auch Exporteure und Handelsbetriebe erfasst werden.

Eine Regelung auf EU Ebene ist nicht zweckmäßig, da die meisten Pflanzenarten lokal angepasst sind. Schädlingsbefall und Krankheitsausbrüche sind - von wenigen Ausnahmen abgesehen - kein kontinentweites uniformes Ereignis, sondern sehr oft durch lokale Gegebenheiten verursachte Schädigungs- oder Krankheitsereignisse bei Nutzpflanzen. Eine Pflanzenkrankheit kann in einer Region verheerend sein, gleichzeitig fast harmlos in einem anderen. Zusätzlich variiert die landwirtschaftliche Produktion (Saison, Produkte, Methoden) in Europa stark zwischen Norden und Süden, sowie Osten und Westen. Effizienter hingegen wäre eine national gesteuerte Bekämpfung der Schädlinge und Pflanzenkrankheiten, was sich durch jahrelange land- und forstwirtschaftliche Forschung herausgestellt hat. Auch Krankheiten und Schädlinge sind also durch Biodiversität gekennzeichnet, sodass effektive Maßnahmen dagegen möglichst orts- und gebietsspezifisch zu entwickeln und anzuwenden sind.